

Basel diskutiert den Berner Weg

Die Exekutive der Schweizer Hauptstadt zählt nur fünf Mitglieder. Eine Initiative fordert in Basel-Stadt ebenfalls weniger Regierungssitze.

Silvana Schreier

Der Basler Regierungsrat soll von sieben auf fünf Mitglieder reduziert, das Präsidentsdepartement – aktuell unter der Führung von SP-Regierungsrat Beat Jans – abgeschafft werden. So lautet die Forderung der Initiative, die vergangenes Jahr zustande gekommen ist und heute Mittwoch vom Grossen Rat behandelt wird.

Der Vorstoss kommt aus rechtsbürgerlich-konservativen und heimat-schützerischen Kreisen. Im Initiativkomitee sind etwa die SVP-Mitglieder Philippe Ramseyer und Peter Ammon sowie Heimatschützer Robert Schiess. Die Initianten können sich vorstellen, neben dem Präsidentsdepartement auch das Gesundheitsdepartement zu streichen. Die Belange sollen dann einem anderen Regierungsmitglied zugeteilt werden. Davon versprechen sie sich deutliche Einsparungen, da weniger Regierungsratslöhne und Departementsstäbe bezahlt werden müssten.

Stadtnahe Gemeinde zeigt, wie es geht

Beispiele aus anderen Kantonen zeigen: Die Gründe dafür, warum Regierungsratssitze gestrichen werden sollen, sind immer wieder dieselben. Politologe Mark Balsiger sagt: «Es geht um Effizienz und geringere Kosten.» Bei weniger Regierungsmitgliedern erhoffe man sich zudem eine dynamischere Organisation, da Schnittstellen wegfielen. Gegner der Reduktion befürchten laut Balsiger hingegen, ihre Partei würde aus dem Gremium rausfallen oder kaum mehr eine Chance haben, einen Sitz zu ergattern. Das seien die Nachteile der Reduktion.

Sowohl auf Gemeinde- als auch auf Kantonsebene kommen die Forderungen nach einer schlankeren Regierung regelmässig auf. Die Stadt Bern etwa reduzierte den Gemeinderat 2004 von sieben auf fünf Sitze. Balsiger: «Das Argument der finanziellen Einsparungen funktionierte damals im Abstimmungskampf sehr gut.» Die Initiative kam von der FDP, die sich mehr Effizienz in der Exekutive gewünscht hatte. Dieses Narrativ habe sich festgesetzt, so Balsiger.

Ein weiteres Beispiel ist die Baselbieter Gemeinde Birsfelden. Im Juni 2015 stimmte die Bevölkerung über das Anliegen der Reduktion ab – eine deutliche Mehrheit sagte Ja zu



Die Basler Regierung (oben) ist noch zu siebt. Dabei zeigt die Stadt Bern seit bald 20 Jahren: Es geht auch zu fünft. Bilder: zvg

weniger Gemeinderäten. Der Ursprung der Idee kam aus dem Gremium selbst. Die Reduktion war Teil eines Sparpakets.

Gemeindepräsident Christof Hiltmann sagt heute: «Weder von aussen noch intern wurde die Reduktion der Exekutive nach der Abstimmung dis-

kutiert. Wir Gemeinderäte nehmen die Änderung sehr positiv wahr.» Die Arbeit laufe seither effizienter ab, da es weniger aufwendig sei, sich mit al-

«Es geht um Effizienz und geringere Kosten.»

Mark Balsiger
Politologe

len Gemeinderatsmitgliedern abzustimmen. Während Gemeinden und Kantone also kleinere Regierungen möchten, wiederholt sich auf Bundesebene seit Jahrzehnten eine andere Debatte: Aufgrund der hohen Arbeitslast und um die Schweizer Bevölkerung besser repräsentieren zu können, wünschen sich gewisse Kreise neun statt sieben Bundesräte.

Politologe Balsiger sagt: «Die Bundesverwaltung arbeitet derzeit gerade wieder an einem Bericht dazu.» Dasselbe Vorhaben sei in der Vergangenheit von der Landesregierung schon mehrfach abgeschmettert worden. «Denn dadurch würde ja die Macht der Bundesratsmitglieder und ihrer Parteien beschnitten.»

Eine Frage des Zeitgeistes

Die Initiative in Basel wurde von der Regierung für rechtlich zulässig erklärt. Kommt sie in der ersten Lesung durch den Grossen Rat, wird das zu verkleinernde Gremium darüber befinden. Das letzte Wort hingegen bleibt bei der Basler Bevölkerung.

Balsiger hält den Zeitgeist für entscheidend. Die Initiative wurde lanciert, als die Grüne Elisabeth Ackermann noch den Sitz im Präsidentsdepartement innehatte. Ackermann trat vergangenes Jahr nach dem ersten Wahlgang nicht mehr an. Nun, mit SP-Politiker Jans, könnte die Beurteilung bereits wieder anders ausfallen, sagt Balsiger. «Jans repräsentiert gut, was nicht Ackermanns Stärke war.»

68 Millionen für Baselbieter Betriebe

Coronakrise Der Baselbieter Regierungsrat hat bis jetzt knapp 68 Millionen Franken an Coronahärtefallhilfen ausbezahlt. Diese Woche gehen die Auszahlungen weiter mit der Tranche 17. Diese umfasst drei neu bewilligte Gesuche und weitere sieben Nachzahlungen und Wiedererwägungen. Dazu kommt eine gewährte Bürgschaft in der Höhe von 800 000 Franken (Total seit Beginn: 3,573 Mio. Fr.). Die Summe aller A-fonds-perdu-Beiträge aus dieser aktuellen Tranche beträgt insgesamt 4,1 Millionen Franken. Über drei Millionen fallen dabei in den Bereich der Wiedererwägungen aufgrund geänderter rechtlicher Grundlagen. Ein Gesuch wurde in der Tranche 17 abgelehnt. Direkt und indirekt betroffene Baselbieter Unternehmen können weiterhin ein Gesuch für eine Härtefallhilfe einreichen. (bz)

Wie weiter mit Forschungsstandort?

Die Baselbieter Nationalrätin Florence Brenzikofer will Antworten vom Bundesrat.

Das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union ist gescheitert. Das hat direkte Auswirkungen auf den Forschungs- und Bildungsstandort Basel. Bildungsdirektor Conradin Cramer, die Universität Basel und die Studentische Körperschaft der Uni (Skuba) äusserten in der bz Besorgnis (bz vom Montag).

Offiziell ist das Forschungsrahmenprogramm nicht an das Institutionelle Rahmenabkommen gekoppelt. Allerdings befürchtet die Uni, dass der Abbruch der Verhandlungen für das Rahmenabkommen auch die Verhandlungsposition der Schweiz in Bezug auf eine Teilnahme an «Horizon Europe» schwächen wird. Sprecher Matthias Gering: «Die Situation hat Parallelen zum kurzzeitigen Ausschluss der Schweiz nach der Annahme der Masseneinwan-

derungsinitiative im Jahr 2014.» Auch die finanziellen Konsequenzen machen der Universität Sorgen, wie es auf Anfrage heisst. Konkret würden Fördergelder von insgesamt gegen 200 Millionen Euro fehlen. Zudem ist nicht mehr klar, wie es mit dem Austauschprogramm «Erasmus Plus» weitergehen soll. Gestern Dienstag hat deshalb die Baselbieter Grünen-Nationalrätin Florence Brenzikofer in Bern Fragen an den Bundesrat zur Problematik eingereicht.

Bundesrat präsentiert Antworten am Montag

Brenzikofer will wissen, wie der Bundesrat sicherstelle, dass die Schweiz am 9. Rahmenabkommen der Europäischen Union für Forschung und Innovation (2021-2027) partizipieren kann.

Sie fragt: «Welche Konsequenzen hat ein Ausschluss der Schweiz auf Hochschulen, forschende Industrie, hochqualifizierte Arbeitsplätze und das Steuersubstrat?» Weiter möchte die Baselbieter Nationalrätin Antwort darauf, wie sich die gescheiterten Verhandlungen auf das Austauschprogramm «Erasmus Plus» auswirken könnten und ob es diesbezüglich Lösungen gibt: «Welche alternativen Strategien verfolgt der Bundesrat, um die Chancengleichheit und die Wahlfreiheit der Schweizer Studierenden zu gewährleisten?»

Antworten auf die eingereichten Fragen Brenzikofers wird der Bundesrat voraussichtlich am kommenden Montag präsentieren.

Nora Bader

ANZEIGE

Brustzentrum Basel
bethesda
SPITAL

Ihre Brust – unsere Kompetenz

Die Spezialisten für Brustkrankungen:
brustzentrum-basel.ch

Zertifiziert durch Krebsliga Schweiz und Schweizerische Gesellschaft für Senologie